



► Nr. VO/2013/01213
öffentlich

Lübeck, 28.07.2014

Bericht

Verantwortliche Bereiche:
1.110 - Personal- und Organisationservice

Bearbeitung: Markus Toll (E-Mail: markus.toll@luebeck.de Telefon: 122-1117)

9-monatige-Wiederbesetzungssperre

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
27.08.2014	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
16.09.2014	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anlass:

Beschluss TOP 6.1 des Hauptausschusses vom 29.10.2013 (Vorlage VO / 2013 / 00942)

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen:	1.101 – Bürgermeisterkanzlei: zustimmend
Ergebnis:	1.201.3 – Zentrales Controlling: zustimmend

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
gem. § 47 f GO ist erfolgt:

<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>

Ja
Nein

Begründung:

Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist nicht erfolgt, da der Personenkreis von der Maßnahme nicht unmittelbar betroffen ist.

Die Maßnahme ist:

<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>

neu
freiwillig
vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

<input type="checkbox"/>

Ja (Anlage 1)

Bericht:

Mit Beschluss des Hauptausschusses zu TOP 6.1 vom 29.10.2013 wurde der Personal- und Organisationservice beauftragt über die 9-monatige-Wiederbesetzungssperre und deren Einsparungseffekte zu berichten.

Gemäß den personalpolitischen Eckpunkten der Hansestadt Lübeck unterliegt die Wiederbesetzung eines Arbeitsplatzes grundsätzlich einer 9-monatigen Wartezeit ab dem Freiwerden der Planstelle. Externe Ausschreibungen bedürfen zudem der Genehmigung des Bürgermeisters.

Insbesondere durch das Verschieben der **externen** Wiederbesetzungen werden Einsparungen erzielt, da der gesamtstädtische Personalbestand betroffen ist. Für die hier gemachten Aussagen wurden die extern ausgeschriebenen Wiederbesetzungsverfahren 2013 ausgewertet. Diese Auswertung ergab, dass 20 Verfahren mit einer mindestens 9-monatigen-Wiederbesetzungssperre versehen wurden. Die betroffenen Planstellen sind in der Anlage 1 aufgeführt.

Die Einsparsumme beläuft sich auf rund 720.000 €. Durch weitere Fälle, in denen eine Wiederbesetzungssperre für einen kürzeren Zeitraum ausgesprochen wurde, ist zudem eine Einsparung von circa 30.000 € erzielt worden.

Zu beachten ist, dass diese Einsparungen nicht exemplarisch für andere Jahre sind, da die Anzahl der betroffenen Verfahren jährlich schwankt.

Anlagen :

Anlage 1 – Tabellarische Übersicht über die im Jahr 2013 extern besetzten Planstellen

Bürgermeister Bernd Saxe